

Ergebnisse und Reaktionen durch das Mindestlohngesetz – Anmerkungen zum ersten Bericht der Mindestlohnkommission

Bodo Aretz

Sachverständigenrat zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Bewertung des Kommissionsberichts

Hauptresultate:

- Deutliche Verdienststeigerungen für niedrigentlohnten Bereich
- Wenige gesicherte Erkenntnisse über die Wirkung des gesetzlichen Mindestlohns
- Erste vorläufige Einschätzungen der kurzfristigen Auswirkungen
- Einführung des Mindestlohns in günstigem wirtschaftlichen Umfeld

Ausgewogene Berichterstattung ein Zeichen
funktionierender Sozialpartnerschaft

Beschluss überraschend losgelöst vom Bericht

Erhöhung sieht Mehrheit des Sachverständigenrates kritisch

Drei Anmerkungen zum Kommissionsbericht

1. Flüchtlingszuwanderung kommt zu kurz
2. Langfristige Folgen stärker herausstellbar
3. Ein Blick nach Großbritannien

1. Flüchtlingszuwanderung kommt zu kurz

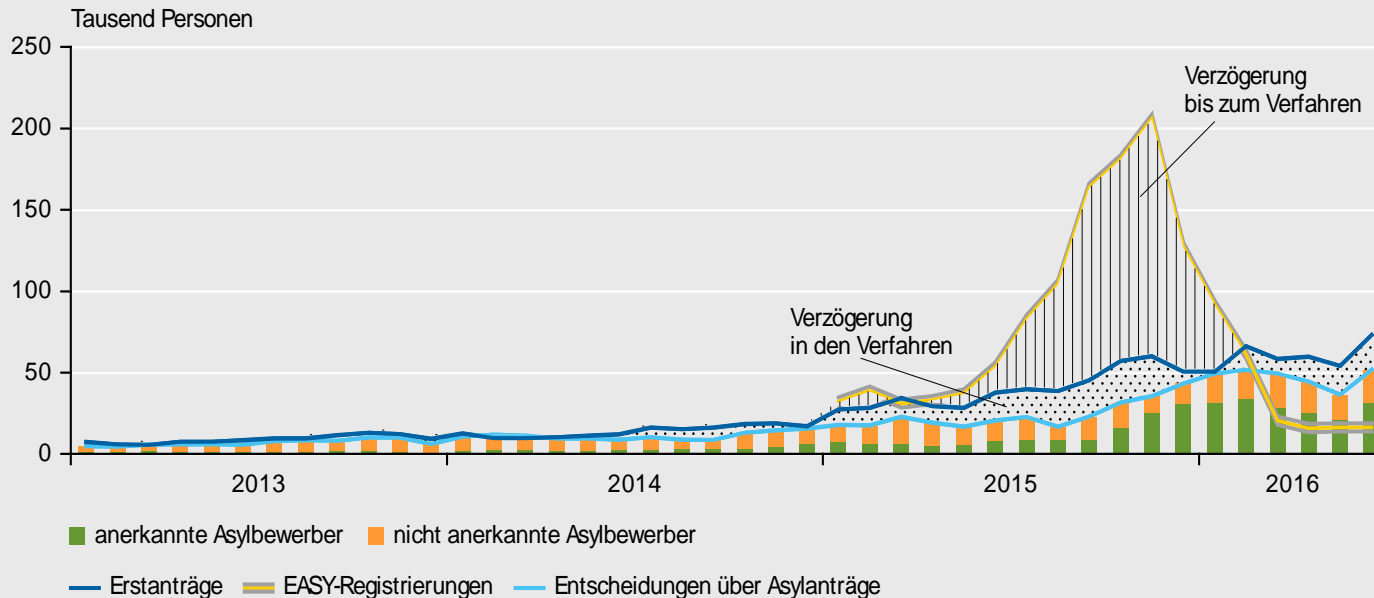
10.08.2016

Mindestlohn und die Integration von Flüchtlingen

- Zusammenhang hätte mehr Platz im Bericht verdient gehabt
- „Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration ... insbesondere der Spracherwerb, die schulische sowie die berufliche Qualifikation“ (Ziffer 154, Kommissionsbericht)
- Was ist mit Hürden auf dem Arbeitsmarkt?
- Sind Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge denkbar?
- Wichtig gerade vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Flüchtlinge für Mindestlohn-Jobs in Frage kommen

Bearbeitungsstau verzögert Integration

Zuwanderung von Schutzsuchenden und Asylverfahren



Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesministerium des Inneren

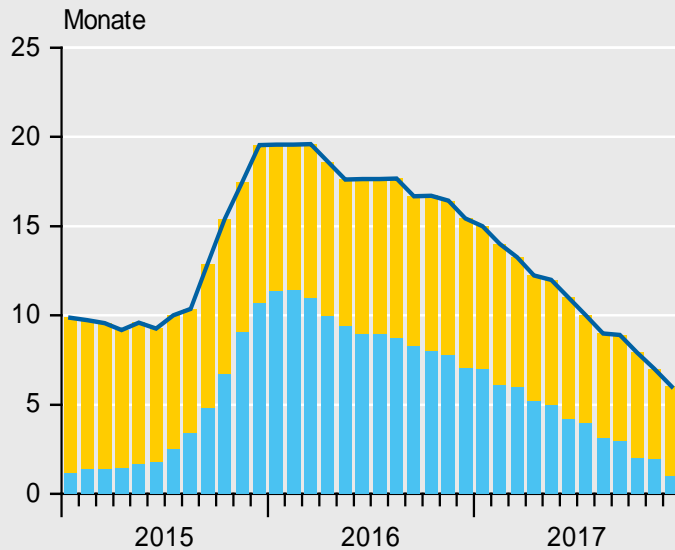
© Sachverständigenrat | 16-194

- Noch keinen Asylantrag gestellt: 300.000 – 400.000 (BAMF, 2016)
- Anhängige Erstverfahren im Juni 2016: 480.000

Bis zu 20 Monate von Antragstellung bis Entscheidung

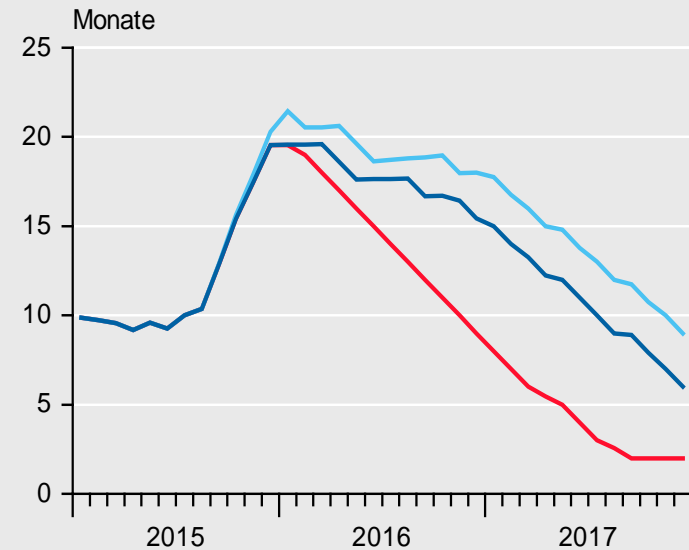
Projektion der Zeitverzögerungen bis zur Asylgewährung¹

Verzögerungen im Basisszenario



- durchschnittliche Dauer von der Ankunft bis zur Antragstellung
- durchschnittliche Dauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung
- durchschnittliche Gesamtdauer

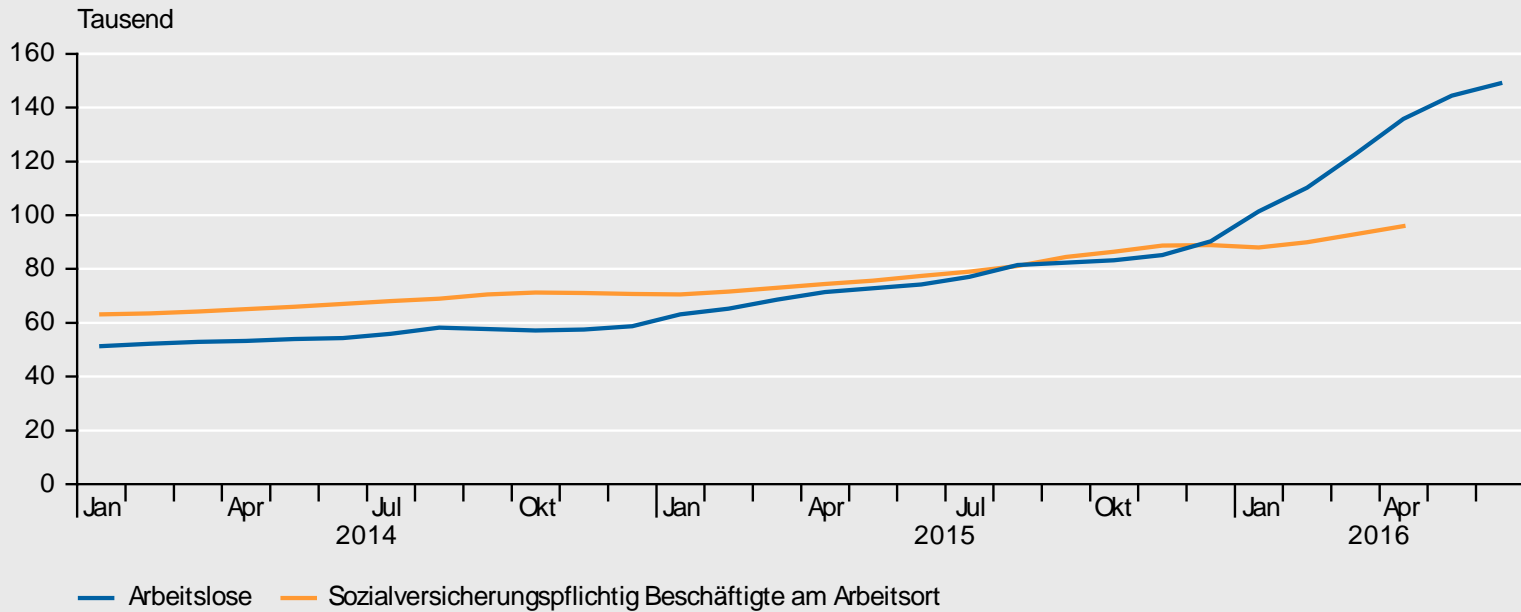
Durchschnittliche Gesamtdauer im Vergleich



- Basisszenario²
- geringere Zuwanderung
- langsamere Verfahren und Integration

Arbeitslosenzahlen unter Flüchtlingen steigt

Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aus nicht-europäischen Asylzugangsländern

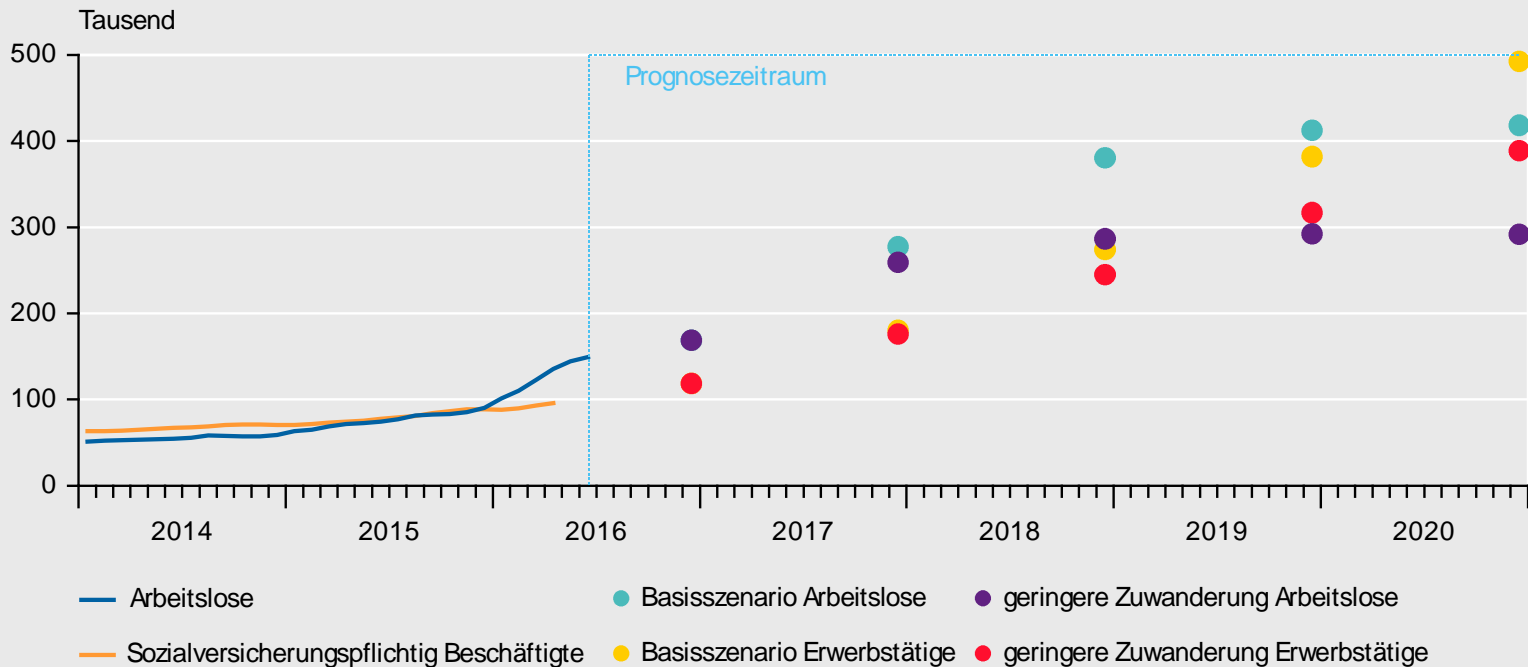


Quelle: BA

© Sachverständigenrat | 16-227

Dies ist erst der Anfang

Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aus nicht-europäischen Asylzugangsländern inkl. SVR-Prognose



Quelle: BA

© Sachverständigenrat | 16-228

Ausnahmeregelung vom Mindestlohn nutzen

- Etwa 350.000 zusätzliche Erwerbspersonen bis Ende 2017
- Beschäftigung entscheidender Schritt für die Integration
- Mindestlohn stellt für die meisten Flüchtlinge Hürde dar
- Aufgrund der langen Asylverfahren dürften Flüchtlinge meist länger als 12 Monate nicht gearbeitet haben.
- Anerkannte Flüchtlinge sollten als langzeitarbeitslos betrachtet werden und unter Ausnahmeregelung fallen

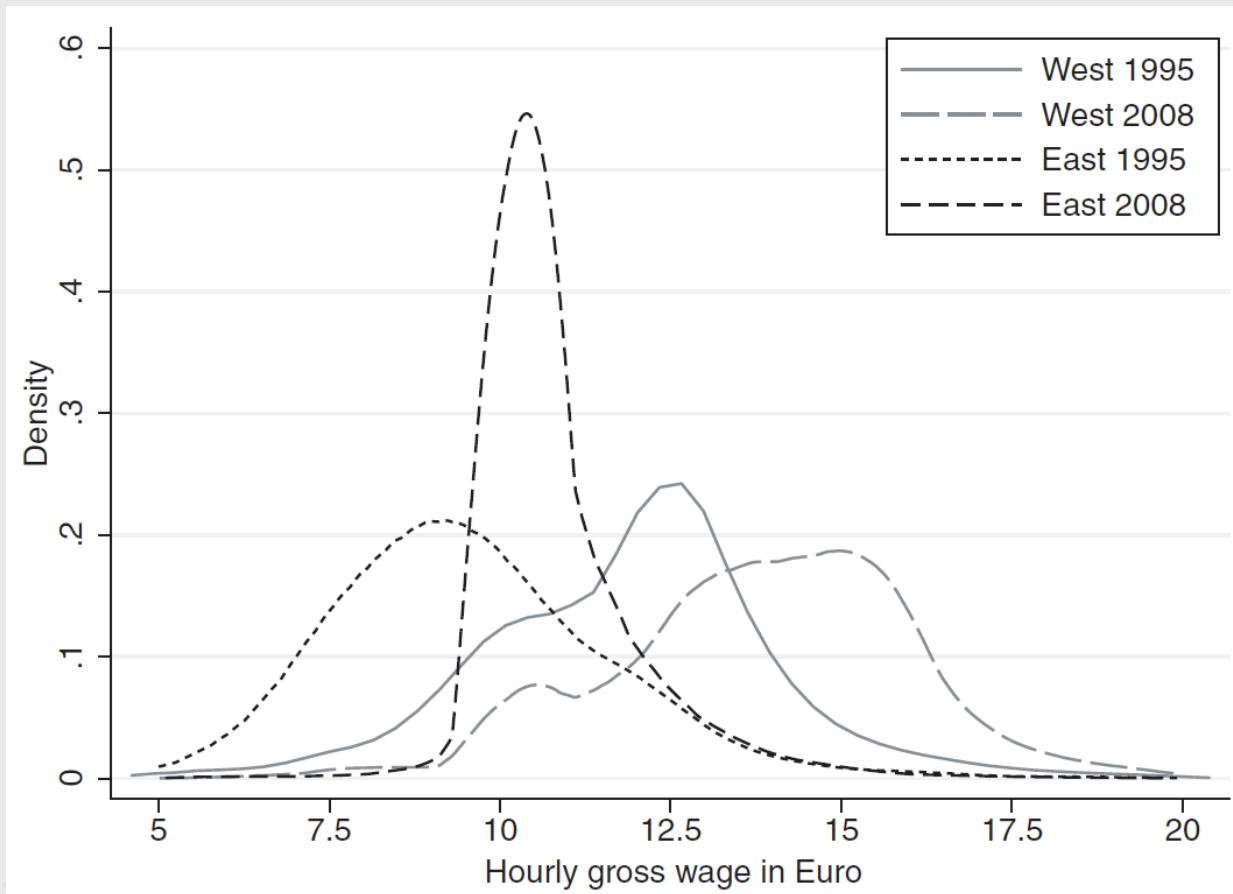


2. Langfristige Folgen stärker herausstellbar

Beispiel Dachdeckerhandwerk

- Einführung Mindestlohn 1997
- zunächst keine großen Auswirkungen auf Beschäftigung, Löhne und Wettbewerb
- bundeseinheitlicher Mindestlohn seit 2003
- schrittweise Erhöhung auf 12,05 Euro
- Mehr als jeder 2. Dachdecker in Ostdeutschland verdiente bereits im Jahr 2008 den Mindestlohn (Aretz et al. 2013)
- Kaitz-Index = 100 außergewöhnlich hoch im internationalen Vergleich

Zentrierung um den Mindestlohn



Quelle: Aretz et al. (2013)

Verschiedenste langfristige Effekte

- sinkende Reallöhne bei besser bezahlten Dachdeckern vor allem in kleineren Betrieben (Gregory 2014)
- verringerte Ausbildungsrenditen (Aretz et al. 2012)
- stärkerer Rückgang der Ausbildungszahlen und Meisterabschlüsse (Gregory, 2015)
- Tendenziell Verringerung der Wettbewerbsintensität durch rückläufige Anzahl von Markteintritten
- viele qualifizierte Dachdecker mit Ein-Personen-Unternehmen selbstständig (Kraft et al. 2012)
- sinkende Weiterbeschäftigungschancen selbst für Beschäftigte mit Entlohnung oberhalb des Mindestlohns (Aretz et al. 2013)



3. Ein Blick nach Großbritannien

Mindestlohnkommission in Großbritannien

- Vorbild für deutsche Kommission
- eingerichtet im Rahmen der Mindestlohn-Einführung im Jahr 1999
- bei Einführung Mindestlohn für Erwachsene bei 3,60 Pfund, 40% des Medianeinkommens
- höchste reale Mindestloohnerhöhungen in west- und südeuropäischen Staaten zwischen 2001 und 2012 (Schulten 2014)

Entwicklung des Mindestlohns in Großbritannien

Mindestlohnentwicklung im Vereinigten Königreich

	Mindestlohn ¹ in GPB	Veränderung in		Medianlohn ² in GPB	Kaitz-Index ³
		GPB	%		
Oktober 2015	6.70	0.20	3.10		
Oktober 2014 bis September 2015	6.50	0.19	3.00		
Oktober 2013 bis September 2014	6.31	0.12	1.90	13.15	0.480
Oktober 2012 bis September 2013	6.19	0.11	1.80	13.14	0.471
Oktober 2011 bis September 2012	6.08	0.15	2.50	12.83	0.474
Oktober 2010 bis September 2011	5.93	0.13	2.20	12.70	0.467
Oktober 2009 bis September 2010	5.80	0.07	1.20	12.58	0.461
Oktober 2008 bis September 2009	5.73	0.21	3.80	12.43	0.461
Oktober 2007 bis September 2008	5.52	0.17	3.20	11.97	0.461
Oktober 2006 bis September 2007	5.35	0.30	5.90	11.48	0.466
Oktober 2005 bis September 2006	5.05	0.20	4.10	11.12	0.454
Oktober 2004 bis September 2005	4.85	0.35	7.80	10.78	0.450
Oktober 2003 bis September 2004	4.50	0.30	7.10	10.44	0.431
Oktober 2002 bis September 2003	4.20	0.10	2.40	9.95	0.422
Oktober 2001 bis September 2002	4.10	0.40	10.80	9.62	0.426
Oktober 2000 bis September 2001	3.70	0.10	2.80	9.20	0.402
Juni 2000 bis September 2000	3.60	0.00	0.00	8.80	0.409
April 1999 bis Mai 2000	3.60				

1 – Mindestlohn für Erwachsene: bis September 2010 Personen ab 25 Jahre, ab Oktober 2010 Personen ab 21 Jahre. 2 – Eigene Berechnung.

3 – Mindestlohn relativ zum Medianlohn.

Quelle: Low Pay Commission Report (2016), OECD.stat

© Sachverständigenrat | 16-215

National Living Wage untergräbt Kommissionsarbeit

- Mittelfristiges Ziel: 60% des Medianeinkommens bis 2020 für Erwachsene
- Strategie der Kommission aufgegeben, jährliche Anpassungen vorzunehmen
- geplante Erhöhungen fallen deutlich höher aus als zuletzt
- ökonomische Argumente und politische Entscheidungen oft schwierig in Einklang zu bringen